

Gestaltungsfähigkeit des DGB unter den Bedingungen von Europäisierung und Globalisierung

Statement Ursula Engelen-Kefer,
stellv. Vorsitzende des DGB:

Max Weber hat vor etwa 50 Jahren einmal sinngemäß gesagt: „Der Kapitalismus wird die Menschen unterjochen, bis der letzte Zentner fossilen Brennstoffs verglüht ist“. 50 Jahre später formulierte der britische Wirtschaftswissenschaftler Fred Hirsch: „Der liberale Kapitalismus hat die Seidenstrümpfe für das Fabrikmädchen erschwinglich gemacht“. Ich stelle diese beiden Zitate an den Anfang, weil sie meines Erachtens ganz gut das Spannungsfeld von Gewerkschaftspolitik veranschaulichen. Den Kapitalismus zähmen, damit er die Menschen eben nicht im Joch hält, ohne dabei aber die Effizienz dieses Wirtschaftssystems - denn die Seidenstrümpfe sollen doch erschwinglich sein - zu gefährden. Unser politisches Hand-

lungungsvermögen konzentriert sich auf Verhandlungen, Druck mit und gegenüber Regierungen, Parlamenten, Parteien, gesellschaftlichen Gruppen. Die Handlungsfähigkeit ist somit auch davon abhängig, was nationale Politik unter den Bedingungen von Globalisierung überhaupt noch vermag. Das Problem ist geläufig. Am 6. Oktober lief eine kurze Meldung über die Nachrichtenticker, aber sie war schon geeignet, einige Erschütterungen hervorzurufen, denn Deutschlands mächtigstes Unternehmen, der Stuttgarter Autokonzern Daimler-Chrysler, lasse angeblich prüfen, ob er seinen Firmensitz in die Vereinigten Staaten verlegen solle. In die Welt kam die Nachricht ausgerechnet einen Tag, bevor Gerhard Schröder, der Kanzler aller Autos, nach Hamburg reiste, um vor den Delegierten der Autogewerkschaft IG Metall für sein Bündnis für Arbeit zu werben. Ich denke, besser hätte kein Regisseur die wachsende Macht der Wirtschaft und die damit korrespondierende Ohnmacht der Politik inszenieren können. Dementi hin, Dementi her - der Vorgang verweist exemplarisch auf geänderte oder sich ändernde Machtverhältnisse. Der Reformdruck kommt aus Stuttgart, nicht von den Wählern oder von der Straße. In politischen Inhalten formuliert könnte man sagen, der Sozialstaat wird zum Wettbewerbsstaat, dessen vordringliche Aufgabe dann darin bestehen soll, die Standortbedingungen im Interesse der Wirtschaft zu gestalten. Dies muss nicht immer negativ sein, denn auch Arbeitnehmer können von guten Standortbedingungen profitieren. Zu kritisieren sind allerdings erpresserische Methoden.

Zum Zweiten: Es spricht viel dafür, dass der Sozialstaat auf Sicht möglicherweise der bessere Wettbewerbsstaat ist, weil er wichtige Voraussetzungen für ökonomische Effizienz schafft - durch Infrastruktur, Humankapital, soziale Sicherheit und sozialen Frieden. Der internationale Vergleich zeigt uns, dass Staaten mit unterschiedlichen Reaktionen auf die Globalisierungsforderungen erfolgreich sein können, der Sozialstaat genauso wie der neo-liberale Wettbewerbsstaat. Die Konsequenzen für die Bevölkerung, für die Gesellschaft, unterscheiden sich allerdings. Zum Dritten: Was hält uns handlungsfähig, genauer machtfähig, um beim politischen Aushandeln nicht lediglich Anpasser oder Verlierer zu sein?

Der wichtigste Punkt - vermutlich besteht hier weitgehende Einigkeit - ist nicht die Moral, auch nicht das Fressen, wie bei Brecht, sondern das Beschäftigungsproblem. Und hier beginnen die Fragen erneut spannend zu werden. Denn Keynes ist tot, angesichts der internationalen Verflechtungen lautet eine häufig formulierte Parole, Vollbeschäftigung sei unter diesen Bedingungen - wenn überhaupt - nur noch über eine Senkung der Arbeitskosten sowie eine Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und der Lohnstruktur machbar. Und dies - so lautet etwa die Empfehlung von Wolfgang Streeck - sollten wir im Bündnis für Arbeit verabreden. Dabei heiße von den Niederlanden lernen, siegen lernen. Und dann gewinnen die Gewerkschaften Mitglieder. Ich sage genauso deutlich: Ich teile keine dieser Auffassungen, schon gar nicht in dieser Form. Denn wenn Keynes tot sein sollte, dann ist in einem hohen Maße erklärungsbedürftig, weshalb z.B. die USA seit Jahren virtuos auf dem Klavier einer antizyklischen Geld- und Fiskalpolitik spielen und damit günstige Marktbedingungen für Konjunktur, Wachstum und Beschäftigung schaffen. Im Übrigen spricht vieles dafür, dass das so genannte niederländische Wunder zu einem erheblichen Teil auf diese Makropolitik zurückgeht. Wenn die Niederlande dafür gelobt werden, dass sie ihre Politik der Frühverrentung aufgegeben haben, während wir immer noch an der Frühverrentungspolitik hängen, dann ist dazu zu sagen: Die Niederländer haben in einem Ausmaß früh verrentet, dass für eine weitere Frühverrentung zeitweise nichts mehr übrig bleibt - das ist hier schon gesagt worden. Die Frühverrentung der vergangenen sechs Jahre in Deutschland war zum überwiegenden Teil Folge der deutschen Einigung, zum geringeren Teil Folge der Privatisierung von Bahn und Post und zu einem noch geringeren Teil des normalen Strukturwandels.

Wer dies vehement kritisiert, hätte sagen müssen, wie anders die deutsche Einheit hätte bewältigt werden sollen.

Eine Politik der Arbeitskostensenkung in einer großen, international verflochtenen Volkswirtschaft hat recht enge Grenzen, eine kleine Volkswirtschaft mag sich dies ohne Reaktion der Wettbewerbsländer eine Zeit lang leisten können. Es ist wie im Fußballstadion: Wenn sich einer auf die Zehenspitzen stellt, sieht er besser. Wenn die Übrigen seinem Beispiel folgen, sehen alle gleich gut oder schlecht. Nur dass sie auf Dauer Zehenkrämpfe kriegen. Ein Rätsel bleibt, wie man durch eine Politik der Arbeitskostensenkung als Gewerkschaft Mitglieder halten oder Mitglieder gewinnen soll. Auch die Argumente für einen staatlich subventionierten Niedriglohnsektor sind nach unserer Meinung nicht stichhaltig. Wolfgang Streeck hat dieses Fass heute nicht explizit aufgemacht, aber implizit ist das in allen seinen Aussagen enthalten. Unsere Vermutung ist, dass dadurch nicht mehr Beschäftigung geschaffen wird, sondern Lohndumping inszeniert wird.

Zusammenfassend: Es kann kein Zweifel bestehen, dass unsere Handlungsfähigkeit vor allem von unseren gewerkschaftspolitischen Inhalten abhängt. Ich glaube nicht, dass wir an Handlungsfähigkeit gewinnen, wenn wir uns vermeintlichen Sachzwängen, die oft reine Ideologien sind, schlicht anpassen. Ich vermute eher, wir würden uns dadurch das eigene Grab schaufeln. Ich sehe keine radikale Alternative zu unserem gewerkschaftspolitischen Vorgehen. Die Forderung nach einer beschäftigungsfreundlichen Geld- und Fiskalpolitik ist nicht obsolet. Das Bündnis für Arbeit muss zu möglichst konkreten und verbindlichen Verabredungen über Arbeitsmarkt, Verteilung und Ausbildung führen. Wir sind bereit, an notwendigen Reformen des sozialen Sicherungssystems mitzuwirken, einen Ausgleich herbeizuführen zwischen Beitragszahlern und Leistungsempfängern unter Beachtung der wirtschaftlichen Bedingungen. Ich bin auch nicht bereit, einem Generalverriss der sozialen Sicherungssysteme zuzustimmen. Sie sind weder kurz vor dem Zusammenbruch noch gefährden sie den Wettbewerb unserer Wirtschaft - aber sie sind reformbedürftig und sie sind auch reformfähig, und wir werden uns daran beteiligen. Die zunehmende Bedeutung der europäischen und internationalen Ebene darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die nationale Politik einstweilen das zentrale Handlungsfeld bleibt. Wir haben in Europa, wir haben in Deutschland etwas zu verteidigen, nämlich unser Sozialstaatsmodell. Das tun wir am besten, wenn wir es gemeinsam in der Europäischen Union nach vorne bringen. Deshalb bin ich der Meinung, dass wir keine andere Wahl haben, als die europäische Integration voranzubringen, auch die Europäische Währungsunion mitzugestalten und voranzubringen. Es gibt keine Alternative, denn es gibt in keinem anderen Teil der Welt eine gelungenere Kombination von wirtschaftlicher Effizienz und sozialstaatlichem Handeln als in Europa.